

**Empfang  
des Hessischen Ministerpräsidenten  
und des Hessischen Landtagspräsidenten  
aus Anlass des 20-jährigen Bestehens der agah**

**14. Oktober 2003, Hessischer Landtag Wiesbaden**

**Rede von Manuel Parrondo**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident Kartmann,  
sehr geehrter Herr Ministerpräsident Koch,  
sehr geehrte Ministerinnen und Minister der Hessischen Landesregierung und Vorsitzende  
der im Landtag vertretenen Fraktionen

Herr Dr. Jung CDU

Herr Walther SPD

Herr Al Wazir Bündnis90/Die Grünen

Herr Hahn FDP

Unser Gruß gilt auch allen heute hier anwesenden Landtagsabgeordneten, allen Exzellenzen  
und Vertretern des diplomatischen Korps.

Alle Gäste, die unserer Einladung gefolgt sind, gemeinsam mit uns das 20-jährige Bestehen  
der AGAH zu feiern und die ich jetzt nicht namentlich begrüßen kann, bitte ich, mir dies  
nachzusehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen aus den Ausländerbeiräten der Kommunen und Landkreise.  
Herzlich Willkommen!!

Zu Beginn möchte ich mich im Namen der Ausländerbeiräte in Hessen bei Ihnen, Herr  
Kartmann, und Ihrem Vorgänger im Amt, Herrn Möller, und dem Hessischen  
Ministerpräsidenten, Herrn Koch, recht herzlich bedanken, dass Sie uns die Voraussetzungen  
geschaffen haben, unser 20-jähriges Bestehen der AGAH hier mit dieser Veranstaltung im  
Hessischen Landtag begehen zu dürfen.

Als sich am 15. September 1983 die damals existierenden Ausländerbeiräte der Städte Bad  
Homburg, Kassel, Limburg, Rüsselsheim und Wiesbaden zu der Gründungsversammlung der  
AGAH im Lesezimmer des Kasseler Rathauses trafen, war dies ein Meilenstein im Prozess  
des stetig wachsenden politischen Bewusstseins der Ausländer und Ausländerinnen in  
Hessen und ihrer berechtigten Forderung nach politischer Partizipation und gesellschaftlicher  
Teilhabe.

Immer mehr Migrantinnen und Migranten wurden sich schon damals bewusst, dass ihr Leben  
in der neuen Heimat nicht eine kurze, vorübergehende Etappe sein würde. Es dämmerte  
vielen, dass ihr Aufenthalt in Hessen länger dauern würde als ursprünglich geplant. Sie  
begannen sich in Vereinen zu organisieren und langsam aber sicher auch ihre Wünsche und  
Forderungen zu artikulieren. Erst auf Nationalitäten-Basis – später dann Nationen  
übergreifend. Sie wollten eine Teilhabe am gesellschaftlichen Geschehen, statt  
Bevormundung. Damals haben viele Personen und Institutionen **für uns Ausländer**  
gesprochen – niemals **mit uns!** Sie maßten sich an, Vertreter der Ausländer zu sein, ohne je  
ein Mandat von diesen bekommen zu haben. Und eines Tages platzte uns – den  
Ausländerinnen und Ausländern - der Kragen, und wir sagten: „Wir wollen uns selbst

vertreten. Die Zeit der selbsternannten Vertreter ist vorbei! Wir wollen unsere Vertreter selbst wählen!“

In dieser Situation entstanden die Ausländerbeiräte in Hessen. Das große Ziel der AB, damals wie heute, ist der Kampf um Gleichberechtigung und die Akzeptanz aller Mitglieder unserer Gesellschaft - eine Grundvoraussetzung für den Erhalt des inneren Friedens. Wir sind zutiefst davon überzeugt, dass ein friedliches und fruchtbares Zusammenleben auf Dauer nur möglich sein wird, wenn Rechte und Pflichten auch für einheimische Nichtdeutsche in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen.

Aus diesem Grund ist es weder politisch vertretbar, noch kann es unsere Gesellschaft sehr lange aushalten, dass ein wesentlicher Bestandteil der Bevölkerung von einem elementaren demokratischen Grundrecht ausgegrenzt bleibt. Die Gewährung des kommunalen Wahlrechts bleibt ein dringliches Anliegen, das es zu verwirklichen gilt. Und zwar nicht nur für jene Migrantinnen und Migranten, die der Europäischen Gemeinschaft angehören, sondern für alle. Wer Ja zur Integration sagt, wie Sie Herr Ministerpräsident, muss auch Ja zum kommunalen Wahlrecht sagen.

Die demokratische Teilhabe, Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren, ist und bleibt der Messgrad für die Integrationsbereitschaft der Mehrheitsgesellschaft unseres Landes und ihrer politischen Vertreter.

Die viel gepriesene gelungene Integration der Vertriebenen nach dem zweiten Weltkrieg war hauptsächlich nur deswegen möglich, weil sie von Anfang an Wahlbürger waren und ihre Belange bei politischen Entscheidungen Berücksichtigung finden mussten. Das ist bis heute – über 50 Jahre danach – noch so.

Die AGAH wird diesen schwierigen und langen Weg zur Verwirklichung gesellschaftspolitischer Partizipation und Gleichberechtigung der ausländischen Bevölkerung in Hessen und in der Bundesrepublik Deutschland stetig, beharrlich und zielstrebig weiter verfolgen müssen.

Und erlauben Sie mir aus gegebenem Anlass noch eine Bemerkung zur Funktion und zum Stellenwert der kommunalen Ausländerbeiräte: Sie sind weder Ersatz noch Vorläufer für das Wahlrecht. Sie sind ein Instrumentarium zur Vertretung der berechtigten Interessen aller derjenigen, die nichtdeutscher Herkunft sind. Benachteiligte Minderheiten benötigen in unserer Gesellschaft seit jeher Gremien zur besseren Repräsentanz ihrer Belange. Nämlich überall dort, wo rechtliche Gleichstellung und Gesetze nicht oder nur schlecht greifen. Beispiele hierfür gibt es. Ich erinnere nur an Senioren und Behinderte.

Wurde vor 20 Jahren die Arbeit der AB kritisch und misstrauisch verfolgt, haben sich die AB vielerorts zu kompetenten Gesprächspartnern entwickelt. Landauf, landab wurde bei den meisten Veranstaltungen in den letzten Monaten die Arbeit der Beiräte von den örtlichen Bürgermeister/innen gelobt und herausgehoben. Sie sagten ausnahmslos - ohne die AB würde sich die Integrationsarbeit vor Ort wesentlich komplizierter gestalten. Sie werden als wichtiger Brückenkopf zwischen der Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft betrachtet.

Uns ist jedoch bewusst, dass in der heutigen Zeit allein das Wahlrecht und die Verabschiedung eines neuen Zuwanderungsgesetzes nicht mehr ausreichen können, um Diskriminierung und Benachteiligung in der Gesellschaft abzuschaffen. Dazu bedarf es mehrerer zusätzlicher Schritte.

Wer glaubt, dass Integration auf die Sprachförderung vor der Schule, in Kindergärten und Kursen – „Mama lernt Deutsch, Papa auch“ – alles sehr wichtige Schritte, die wir außergewöhnlich begrüßt haben und begrüßen - reduziert werden kann, wird bald feststellen

dürfen, dass das nicht ausreichen wird, um eine gelungene Integration einer Minderheitsgesellschaft zu realisieren. Aber bei der Verwirklichung dieser Projekte wurde sehr deutlich, dass, wenn gute Angebote an die Minderheiten gemacht werden, sie auch sehr gut genutzt werden. Das zeigt einmal mehr, dass die Minderheiten sehr wohl willig sind, sich das Rüstzeug zu besorgen, um in ihrer neuen Gesellschaft zurecht zu kommen, wenn ihnen das Angebot gemacht wird.

Aber ich unterstreiche noch einmal – der Erwerb der Sprache allein wird nicht zu einer erfolgreichen Integration führen. Ein türkischer Kollege, der für sein Engagement den Integrationspreis der Stadt Frankfurt bekam, sagte in seiner Dankesrede Folgendes: Nicht das Besuchen der ersten Deutschstunde ist der größte Schritt für die Integration – der größte Schritt zur Integration eines Fremden in eine für ihn neue Gesellschaft ist das Aufgenommen werden.“ Dies ist der entscheidende Faktor für die Integration. Und wenn das so ist, müssen die politischen Verantwortlichen in diesem Land noch einiges an Arbeit und Überzeugungsarbeit in der Mehrheitsgesellschaft leisten, damit das Ankommen - der größte Schritt für die Integration von Zugewanderten – gelingt. In diesem Bereich gibt es unserer Ansicht nach noch vieles zu tun.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die AGAH ist jetzt 20 Jahre alt geworden und hat sich zu einem kompetenten Gesprächspartner für die Landesregierung, den verschiedenen Ministerien und den im Landtag vertretenen Fraktionen entwickelt. Dieses Ergebnis baut hauptsächlich auf 3 Säulen. Die erste Säule ist die ehrenamtliche Arbeit von Hunderten gewählten Ausländerbeiratsmitgliedern. Ohne deren tagtäglichen Einsatz, oft verbunden mit Ärger, wäre die AGAH heute nicht das, was aus ihr geworden ist. Die zweite Säule besteht aus der gesetzlichen Verankerung der Wahl der AB in der Hessischen Gemeindeordnung im Jahre 1993. Die dritte Säule besteht in der finanziellen Ausstattung. Erst die institutionelle Förderung der AGAH durch das Land Hessen ermöglichte es uns, die Arbeit der lokalen AB zu koordinieren, die gewählten Mitglieder zu beraten, zu informieren, zu unterstützen und eine vernünftige Bildungsarbeit durchzuführen. Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang, den Landtagsabgeordneten, Herrn Hahn, hervorzuheben. Vor allem seinem Engagement war es zu verdanken, dass die AGAH institutionell gefördert worden ist.

Viele Fraktionen in den kommunalen Parlamenten haben von unserer Arbeit profitieren können – wenn Sie sich die Namen der Stadtverordneten nichtdeutscher Herkunft anschauen, werden Sie feststellen können, dass die übergroße Mehrheit vorher Mitglied im örtlichen AB waren.

Genauso sind wir sicher, dass auch die Landesregierung von unseren Gesprächen, Anregungen, Kritik – manchmal auch harscher Kritik - profitiert. Saßen im vorherigen Integrationsbeirat der Hessischen Landesregierung nur 2 Vertreter der AB, so sitzen heute 6 aktive bzw. ehemalige AB-Mitglieder dort.

In mehreren Feldern der Integrationspolitik gibt es zurzeit Übereinstimmung. In anderen Feldern sind wir am Erarbeiten einer gemeinsamen Handlungsanleitung. Nicht verhehlen können wir, dass es auch Bereiche gibt, in denen wir noch sehr auseinander liegen, z. B. in der Frage des Religionsunterrichts und neuerdings auch in der Beurteilung des so genannten Kopftuchurteils. Auch ein gewisses Banner im Kultusministerium hat uns geärgert. Wir möchten Frau Kultusministerin Wolf auffordern, dieses Plakat wegzuhängen. Wir werden keinen Fortschritt in der Integration von Menschen nichtdeutscher Herkunft erreichen, wenn wir diesen Fortschritt mit einer Ausgrenzung erreichen wollen. Nichts anderes als eine Ausgrenzung bedeutet es, wenn man zum Ausdruck bringt, dass nur wer Deutsch kann auch in die 1. Klasse kommt. Sie haben in Hessen einen einmaligen Kraftakt in Gang gebracht, das ist hauptsächlich Ihr Verdienst. Und das Ergebnis kann sich wahrhaftig sehen lassen. Wir

werden in absehbarer Zeit feststellen können, ob dieser Kraftakt auch zu dem Ergebnis führt, dass immer mehr Kinder und Jugendliche nichtdeutscher Herkunft bessere Schulabschlüsse erzielen. Wir alle sollten weiterhin fest daran arbeiten, dass alle Kinder - bevor sie eingeschult werden - auch die deutsche Sprache beherrschen. Aber dieser Ausspruch auf dem Banner in Ihrem Ministerium hat einen Unterton, der suggeriert, so kann man es verstehen, so kommt es bei einem Teil der Menschen an, dass dieses Angebot der Sprachförderung vor der Einschulung von den Zugewanderten zum Teil nicht angenommen wird, nicht gewünscht ist. Und das war nicht der Fall – es wurde kaum in den Medien darüber berichtet, dass auch die Eltern der betroffenen Kindern sehr wohl verstanden haben, dass es wichtig und notwendig ist, die deutsche Sprache zu lernen. Sie selbst waren darüber überrascht, dass über 90% der betroffenen Kinder an diesem Unterricht teilgenommen haben. Sie mussten mehr Lehrer für diese Arbeit abstellen als Sie vorher geplant haben. Und die Menschen, die wir nicht erreicht haben, müssen wir versuchen zu erreichen, damit das nächste Mal 100% der betroffenen Kinder an diesem Unterricht teilnehmen. Das ist unsere Aufgabe – und nicht das Anbringen von Bannern die mehrdeutig interpretiert werden können.

Wir wünschen uns eine Bleiberechtsregelung für Hessen, die diesen Namen auch verdient. Es ist interessant, dass, wenn wir mit Vertretern der Fraktionen alleine sprechen, die Gründe, nicht alle, aber viele, nachvollzogen werden können – aber es geschieht nichts. Man scheut davor zurück, öffentlich zu sagen, dass es eine überschaubare Zahl von Menschen gibt, die mit Duldungen von 3 Monaten oder noch weniger leben müssen. Und wir wissen auch, dass wir diesen Teil von Menschen nicht so ohne weiteres aus verschiedenen Gründen, auf die ich jetzt aus Zeitmangel nicht im Einzelnen eingehen werde, „loswerden“ können. Dieser Zustand schreit nach einer überparteilichen Lösung. Wir halten es für nicht sehr human, eine Gruppe von Menschen ihrer Zukunft zu berauben, weil sie durch ihre Aufenthaltssituation von einem vernünftigen Arbeitsplatz, einer Ausbildung und anderen Dingen des alltäglichen Lebens ausgegrenzt bleiben. Dies muss sich möglichst bald zu Gunsten der Betroffenen ändern.

Ich könnte jetzt noch eine Reihe weiterer Punkte aufführen. Dies würde heute aber zu weit führen.

Aber ein Punkt bleibt mir leider nicht erspart. Die „Operation sichere Zukunft“. Wir verkennen nicht die Notwendigkeit der Länder und des Bundes bei sinkenden Steuereinnahmen Einsparungen in ihren Haushalten vorzunehmen. Wir verkennen ebenso wenig, dass es der politischen Mehrheit zuzugestehen ist, politische Prioritäten im Rahmen des ihr gesetzten finanzpolitischen Spielraums zu setzen.

Gerade vor diesem Hintergrund ist es unverständlich, dass Migrantinnen und Migranten in Hessen vom Sparpaket der Landesregierung besonders betroffen sind. Dies steht im Gegensatz zu der politischen Absichtserklärung, dass Integration weiterhin ein Schwerpunkt hessischen Regierungshandelns ist.

Unbestritten ist, dass Integrationspolitik nicht nur aus der Förderung der Sprachkenntnisse besteht. Ein gelungener Integrationsprozess setzt vielmehr ein Bündel verschiedenster Maßnahmen voraus. Die jetzt erbrachten Maßnahmen und existierenden Angebote müssen in ihrer Gesamtheit und im Grundsatz weiter bestehen bleiben. Sie sind unverzichtbarer Bestandteil einer Erfolg versprechenden Integrationspolitik. Sie dürfen nicht zur finanziellen Dispositionsmasse des Landes gehören.

Ein großer Teil dieser Angebotsstrukturen steht nach den Sparbeschlüssen vor dem Aus. Eine Antwort, wie die Landesregierung eine zukunftsorientierte Integrationspolitik ohne die Angebote der betroffenen Trägerinnen und Träger betreiben will, steht noch aus.

Wir fordern die Hessische Landesregierung daher auf, die vorgesehenen Kürzungen nochmals zu überprüfen und sicherzustellen, dass der Integrationsprozess in Hessen durch die „Operation sichere Zukunft“ keinen bleibenden Schaden nimmt.

Wenn es bei den Beschlüssen so bleibt wie vorgesehen, braucht man kein Prophet sein, um Ihnen sagen zu können, dass die Folgen dieser einschneidenden Kürzungen wesentlich teurer werden. Der innere Frieden und das friedliche Zusammenleben ist viel zu wichtig, als dass wir es in Gefahr bringen könnten. Wir wissen alle, dass eine instabile soziale Situation der Nährboden ist, auf dem Rassismus und Fremdenfeindlichkeit besonders gedeiht. Dies muss mit allen Mitteln verhindert werden.

Wir alle müssen alles daran setzen, um den begonnenen Integrationsprozess nicht zu gefährden und die Akzeptanz in der Mehrheitsgesellschaft zu erhöhen. Damit wir alle, wenn wir von unserem Hessenland sprechen, von einem Land sprechen können, in dem wir erreicht haben, was der türkische Schriftsteller Nazim Hikmet als Wunsch formulierte:

Leben einzeln  
frei wie ein Baum  
brüderlich im Wald  
das ist unsere Sehnsucht

Diese Sehnsucht zu erfüllen, dafür lohnt es sich einzusetzen. Und zwar so lange, bis wir es alle gemeinsam erreicht haben.

Vielen Dank